Nr. 518
A 262
Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 1. November 1925
V

Vossische Zeitung

20 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt ver eint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — Literarische Umschau".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Gold mark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsz.): LV. Dr. Graf Montgelas, Berlin. Unverl. Manuskr. werd. nur zurückgesandt, wenn Porto beil.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686—5698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK BERLIN

Die Sozialisten bei Painlevé

Das neue Regierungsprogramm

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wk Paris, 31. Oktober

Das politische Tagesereignis für Paris war heute die etwa zweistündige Aussprache, welche in den Mittagsstunden zwischen Painlevé und den Führern der sozialistischen Partei stattgefunden hat. Die Bedeutung dieser Aussprache ist darin zu suchen, daß der Gesamtvorstand der sozialistischen Partei morgen über die Stellungnahme der Partei gegenüber dem neuen Kabinett Painlevé beschließen wird.

Es verlautet, daß in der Aussprache von heute mittag eine grundsätzliche Verständigung erzielt werden konnte. Painlevé hat für Montag abend eine neue Zusammenkunft mit den sozialistischen Führern vereinbart. Die sozialistischen Führer werden Painlevé dann von der Auffassung ihrer Parteigenossen unterrichten, und Painlevé seinerseits wird den sozialistischen Führern mitteilen, was Montag vormittag im Kabinettsrat in der Frage der Programmerklärung des neuen Ministeriums beschlossen wurde.

Das Kartellorgan „Paris Soir" bemerkt: „Die Zusammenkunft von heute vormittag gestattet die Hoffnung, daß eine Einigung möglich ist. Die Krise wäre nicht zu Ende, wenn es der Regierung nicht gelänge, sich die Unterstützung der Sozialisten zu sichern."

Der sozialistische Abgeordnete Paul-Boncour erklärte nach der Aussprache mit Painlevé den Pressevertretern, die Unterhaltung von heute mittag habe sich auf alle schwebenden Fragen erstreckt. Besonders sei von der Finanzlage, Marokko, Syrien, der Sozialversicherung und dem Wiederaufbau die Rede gewesen. Er habe den Eindruck, daß eine Verständigung zwischen Kabinett und Sozialistenpartei möglich ist. Ein anderer sozialistischer Teilnehmer an der heutigen Aussprache erklärte, ein Urteil über das finanzpolitische Programm des neuen Kabinetts sei noch nicht möglich, weil dieser Teil des Programms noch nicht ausgearbeitet ist. Die Mitteilungen Painlevés über eine Reihe von innerpolitischen Fragen und auch über Marokko hätten die Sozialisten durchaus zufriedengestellt. Painlevé hat es, wie verlautet, vermieden, sich bestimmt darüber zu äußern, ob neue Friedensverhandlungen mit Abd el Krim eingeleitet werden. Er hat die sozialistischen Führer gebeten, in dieser Frage vor allem an das „Lebensinteresse Frankreichs" zu denken.

Der Geist der Verträge

Von

Georg Bernhard

Will der Reichskanzler Luther führen? Oder will er sich von den Ereignissen treiben lassen? Das ist jetzt die Frage, deren folgenschweren Inhalt der Reichskanzler selbst noch immer am wenigsten zu begreifen scheint. Bisher haben sich die Parteien mit ihm als Person überhaupt noch nicht beschäftigt. Er gilt als der Exponent der Verhandlungen in Locarno. Und man nimmt selbstverständlich an, daß er mit der Verabschiedung des Paktwerkes steht oder fällt. In der Erreichung seines Ziels haben ihm bisher die Linksparteien, obwohl sie in scharfem Gegensatz zu seiner inneren Politik standen, keine Schwierigkeiten bereitet. Wenn die Deutschnationalen bei der Stange geblieben wären, so würde die Verabschiedung der Paktverträge das einfachste Ding von der Welt gewesen sein. Wenn man von den extremen Flügelparteien absieht, so würde eine ganz große Mehrheit des Reichstages für den Pakt gestimmt haben. In diese klare Situation wurde der Wirrwarr durch die Deutschnationale Volkspartei hineingetragen. Sie hat ihre Minister aus dem Kabinett zurückgezogen. Sie sagt, sie wolle im Reichstag nicht für Locarno stimmen. Sie ist schuld an allen Konsequenzen, die diese veränderte Haltung nach sich zieht. Diese Haltung der Deutschnationalen richtet sich gegen den Kanzler und sein Werk. Das Natürliche in dieser Situation wäre, daß Dr. Luther den Kampf gegen die Deutschnationalen aufnehme. Man würde es verstehen, wenn er die Verhandlungen mit den Alliierten über die Auswirkungen des Locarner Vertrages noch abwartete, um dann erst seine Entschlüsse zu fassen. Aber man versteht nicht, daß er, statt den Kampf gegen die Unruhestifter, die ihn jetzt schmählich im Stich lassen, von sich aus aufzunehmen, die ganze Last der Verantwortung den anderen Parteien zuschiebt. Das heißt den Spieß umdrehen. Das heißt, die Treuen schlagen und die Falschen streicheln. Und der Reichskanzler Dr. Luther darf sich nicht wundern, wenn unter diesen Umständen in den Linksparteien allmählich eine Stimmung entsteht, die sich gegen ihn wendet.

*

Wie gesagt, es wäre verständlich, wenn Dr. Luther sich erst nach den Verhandlungen mit Frankreich entschiede. Aber man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, daß er schon jetzt für den Fall, daß die Verträge von Locarno durch die französischen Zugeständnisse annahmereif werden, nach Ausweg suchen, den ausgeschiedenen deutschnationalen Ministern die Sessel offen zu halten. Wie ein ballon d'essai zur Erkundung solcher Möglichkeiten mutet der plötzlich in die Diskussion geworfene Plan des „Volksentscheides" an, der ganz besonders geeignet scheint, die politische Situation zu komplizieren und die Lösung zu verschleppen. Gesetzt den Fall, nach den technischen Vorschriften des Artikels 73 der Reichsverfassung ließe sich noch vielen Mühen die formelle Voraussetzung für einen Volksentscheid schaffen. Glaubt man dadurch den Reichstag zu binden? Kein Volksentscheid kann die Regierung von der Pflicht befreien, vor der Ratifizierung des Paktwerkes von Locarno die Zustimmung des Reichstages einzuholen. Jede Verschleppung der parlamentarischen Entscheidung beschwört aber eine Möglichkeit herauf, an die bisher die Parteien kaum gedacht haben: sie zwingt diejenigen Politiker, die Klarheit verlangen, noch vor der Abstimmung der Verträge von Locarno eine Gelegenheit wahrzunehmen, um der Regierung das Vertrauen zu versagen. Das wünscht der Reichskanzler sicher nicht. Und auch wir wünschen eine solche schiefe Situation vor der großen Entscheidung in der Außenpolitik, die bevorsteht, nicht geschaffen zu sehen. Aber deshalb sollte auch die Regierung ihrerseits alles vermeiden, was so aussieht, als ob sie die Rechtspartei nicht als Gegner ihrer Pläne betrachtet, sondern als Freunde, die man vor Nachteilen bewahren und denen man die Gelegenheit freihalten müßte, in kürzester Frist wieder in den Ministerrat zurückzukehren.

*

Die Krise um den Reichskanzler unterstützen durch ihre bisherige Taktik die Darstellung der deutschnationalen Presse, als ob die Linksparteien sich bemühten, ohne inneren Zwang innenpolitische Probleme mit der beherrschenden Frage der Außenpolitik zu verquicken. Dieses Argument kann ja überhaupt nur auf Grund der mangelnden parlamentarischen Tradition im deutschen Volke Eindruck machen. Denn überall da, wo wirklicher Parlamentarismus zu Hause ist, gilt es als ganz selbstverständlich, daß nur solche Parteien parlamentarische Verantwortung übernehmen, die auch nach außen hin diese Verantwortung durch Eintritt in die Regierung dokumentieren. Es kommt ganz ausnahmsweise einmal vor, daß man einer Regierung, in der man nicht selbst sitzt, die Mehrheit verschafft. Aber es ist, soweit wir es übersehen, in der parlamentarischen Geschichte Englands noch niemals der Fall gewesen, daß als Ersatz für eine Regierungspartei eine oppositionelle Partei einspringt und daß nach kurzem Zwischenspiel die alte Regierungskoalition wiederhergestellt

Trotzkis Nachfolger gestorben

Sowjetkriegsminister Frunse

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ba Moskau, 31. Oktober

Heute früh im Morgengrauen verschied der Volkskommissar für Krieg und Marine, Präsident des obersten Kriegs- und Revolutionsrates Michael Frunse.

Die Agentur der Sowjetunion teilt mit: **Die Ursache des Todes** des Volkskommissars Frunse war Herzlähmung, die nach einer Magen- und Darmoperation eintrat. Die Operation war zur Beseitigung von Krankheitserscheinungen vorgenommen worden, die sich bereits nach einer vor zehn Jahren im Gefängnis vorgenommenen mißglückten Blinddarm-Operation eingestellt hatten. Trotz der Herzschwäche, die sich bei der Operation zeigte, hofften die Ärzte, daß Frunse genesen werde. Doch trat bald eine erhebliche Verschlechterung in dem Befinden des Patienten ein.

Eine Regierungserklärung aus Anlaß des Todes Frunses weist darauf hin, daß die Sowjetunion in Frunse einen ihrer besten Organisatoren und Führer und einen Mann verlor, dem die Siege über Wrangel und Kolischak zu danken seien. Das Begräbnis des Entschlafenen findet am 3. November statt. Eine Reihe diplomatischer Vertretungen haben der Sowjetregierung ihr Beileid ausgedrückt.

*

Der Tod des Volkskommissars des Sowjet-Bundes für Krieg und Marine rollt in Moskau eine der wichtigsten Personalfragen auf. Mit der Berufung Frunses in das Volkskommissariat als Nachfolger Trotzkis im Januar d. J. war eine sehr glückliche Lösung der Schwierigkeiten gefunden, die die Trotzki-Krise wenigstens in bezug auf die Armee, hervorgerufen hatte.

Michael Frunse, der gerade vierzigjährige Bauernsprößling aus Südrußland, war in der Armee sehr populär und unbelastet von den Verwicklungen, die der differenzierte Trotzki auf allen Gebieten der Personalpolitik, wie der Innen- und Außenpolitik hatte. Frunse, der von 1905 bis 1917 sich stets schon als zuverlässiger Revolutionär erwiesen hatte, ist während des Weltkrieges von der technischen in die militärische Laufbahn übergegangen, hat auf allen Schauplätzen des Bürgerkriegs, gegen Kolischak wie gegen Wrangel, erfolgreiche Kommandos bekleidet und nach dem Sieg über Wrangel die ganze Südfront erhalten.

Sein Ideal wäre es nun gewesen, auf diesen ihm vertrauten Schauplätzen noch einmal gegen Westen zu ziehen. Dem Sohn eines Bessarabiers war der Gedanke begeisternd, das nie verschmerzte Land den Rumänen mit den Waffen zu entreißen. Von hier fand sein Haß das nächste Objekt Polen, den Rumänen, wenn schon nicht verbunden, so in politischer Kombination oft nahestehend, und in weiterer Ferne England, das im Gegensatz zu anderen Ententestaaten, die Annexion Bessarabiens sanktioniert hatte. So ist es zu verstehen, daß von der militärischen höchsten Stelle aus gleichzeitig mit den Bemühungen Tschitscherins um gute Beziehungen zu Warschau, Knall auf Knall die Hiebe mit dem Säbel auf den Tisch gegen Warschau und Bukarest erfolgten. Ein Spiel, das in Moskau natürlich wohl berechnet war und in den westlichen Grenzgebieten, der Ukraine und Weißrußland, begeistertes Echo fand und dem Moskauer Zentralismus stärker zugute kam als jede nach außen hin gelöste Fessel der Autonomie der einzelnen Republiken.

Deshalb wird es auch schwer, einen Ersatz für Michael Frunse zu geben. Sein Stellvertreter im Kriegskommissariat, Unschlicht, ist das Bindeglied zur Tscheka, der jetzigen politischen Staatspolizei. Mächtige Einflüsse sind wirksam, um Heer und Tscheka noch enger zu verbinden, dabei wurde schon früher an eine Uebernahme des Kriegskommissariats durch Derschinski gedacht, dessen Ausscheiden aus dem Obersten Volkswirtschaftsrat gleichzeitig eine Kette anderer Personalfragen aufgewickelt hätte.

Gegen die Kandidaten der Tscheka steht Trotzkis Anhängerschaft, die ihren Führer wieder in sein früheres Amt bringen möchte, zum wenigsten aber die Gelegenheit benützt, um ihm eines der freiwerdenden Volkskommissariate zu verschaffen. Im Laufe des Dezembers wird der Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands stattfinden, und alle diese Machtfragen sind in letzter Linie innere Angelegenheiten der herrschenden Partei. Von dort wird man also die Entscheidung erwarten müssen.

Polizeiaktion gegen den Frontbann Berlin

Neun führende Mitglieder verhaftet

Auf Ersuchen des Vernehmungsrichters beim Polizeipräsidium hat die Abteilung Ia dieser Tage eine Reihe der führenden Mitglieder des rechtsradikalen Frontbanns in Berlin unter schwerwiegenden Verdachtsmomenten verhaftet. Unter den Festgenommenen befindet sich einer der bekanntesten Frontbannführer in Berlin, gewissermaßen das geistige Haupt der Bewegung, Hauptmann Röhrbein. Außerdem wurden mehrere Hundertschaftsführer, meist Jugendliche, u. a. Gehrke, Ernst, Wegel, Schievelbein und Joerk, verhaftet. Es handelt sich insgesamt um neun Personen, die dem Vernehmungsrichter vorgeführt wurden, der bei sechs von ihnen den Haftbefehl bestätigte.

Die Festnahme erfolgte unter dem Verdacht der Geheimbündelei (§ 128 des Strafgesetzbuches), außerdem stehen mehrere Verhaftete unter dem dringenden Verdacht, strafbare Handlungen auf Grund des § 175 begangen zu haben. Im Berliner Frontbann kriselte es bereits seit geraumer Zeit, zumal schwere Beschuldigungen gegen Hauptmann Röhrbein laut wurden, der sich zu Mitgliedern des Frontbanns vergangen haben soll. Die Verdachtsmomente sind gegen ihn außerordentlich schwerwiegend. Die Untersuchung über die skandalösen Vorgänge wird fortgesetzt.

KULTURBESITZ